

1

Größe und Fall von Imperien

*„Sie können mit einem Bajonett alles machen,
aber Sie können nicht darauf sitzen.“*

Talleyrand

Im ersten Jahrhundert v. Chr. führten der Niedergang der allgemeinen Wehrpflicht für freie Bauern und die Bildung von Berufsarmeen dazu, dass die republikanischen Institutionen des Alten Rom zusammenbrachen. Sie bereiteten den Boden für ein Regime, bei dem derjenige das Sagen hat, den die Armee akzeptiert. Die Staatsordnung wurde als Imperium bezeichnet (der Terminus kommt aus dem lateinischen „imperium“, d. h. Macht, Herrschaft). Da sich die römische Herrschaft zu jener Zeit auf den Großteil der damals bekannten Welt erstreckte, war mit diesem Wort noch eine weitere Bedeutung konnotiert: In Europa war Imperium nunmehr gleichbedeutend mit einem durch Eroberungen entstandenen Vielvölkerstaat. Nach dem Zusammenbruch des Weströmischen Imperiums beeinflussten die von ihm ererbten Regeln und Traditionen die Entwicklung in den ehemals zum Imperium gehörigen Territorien, die in der Nähe der Metropole lagen. Dies wirkte sich auf den gesamten weiteren Verlauf der europäischen Geschichte aus.

1.1 Modernes Wirtschaftswachstum und das Zeitalter der Imperien

Die Idee eines Imperiums, eines mächtigen, autoritären Vielvölkerstaats, der zahlreiche Völker vereinigt, gehört wie die christliche Kirche zum Erbe, das das mittelalterliche Europa von der Antike übernommen hat. James Bryce, einer der renommiertesten Erforscher der Geschichte des Heiligen Römischen Reichs, hat festgestellt: „Die vergehende Antike hat den folgenden Jahrhunderten zwei Ideen hinterlassen: die Idee einer universalen Monarchie und die einer universalen Religion.“¹ Aphoristische Ausdrücke vereinfachen in der Regel das Geschehen. So auch hier. Der Einfluss antiker Institutionen und des römischen Rechts hatte für die europäische Entwicklung

¹ James Bryce: The Holy Roman Empire. Svjaščennaja Rimskaja imperija. Moskau 1891. S. 71.

mehr Bedeutung als die Idee der universalen Monarchie. Allerdings steht der Zusammenhang des imperialen Ideals mit der römischen Tradition außer Frage.

Viele Herrscher haben versucht, sich den Titel eines Imperators zuzulegen. Aber im Laufe der Jahrhunderte nach dem Zusammenbruch des Römischen Imperiums wurde allein Byzanz von den anderen europäischen Staaten als Erbe der römischen imperialen Tradition anerkannt.² Das galt sowohl für den östlichen als auch für den westlichen Teil des Römischen Imperiums. Die byzantinischen Herrscher waren der Auffassung, dass sie nur zeitweilig die Kontrolle über einen Teil des Reichsgebiets verloren hätten. Als Karl der Große im Jahre 800 als Imperator des Heiligen Römischen Reichs gekrönt wurde, war es für ihn ein ernstes Problem, ob ihn die byzantinischen Machthaber anerkennen würden.³

Durch die allmähliche Schwächung von Byzanz verloren die Ansprüche auf den Imperator-Titel, der sich auf einen postimperialen Raum bezog, ihre Bedeutung. Nach der Eroberung Konstantinopels durch die Türken wurde die Frage, wer darauf ein Anrecht hat, von neuem aktuell. In diesem Zusammenhang entsprach es dem Zeitgeist, dass die russischen Machthaber Ende des 15. und Anfang des 16. Jahrhunderts für Moskau in der Rolle eines Dritten Rom das römische und byzantinische Erbe beanspruchten. Allerdings war Russland vom Zentrum des Geschehens zu weit entfernt, als dass diese Ambitionen in Europa hätten ernst genommen werden können.

Gegen Ende des 15. Jahrhunderts wurde das Heilige Römische Reich, das vom 9. bis 14. Jahrhundert viele Umgestaltungen erfahren hatte und weitgehend ephemere war, von den europäischen Höfen als einziger Staat wahrgenommen, der ein legitimes Anrecht auf diese Bezeichnung hatte. Allerdings lebte die Idee des Imperiums weiter und beeinflusste weiterhin die Ereignisse in Europa.

Philipp II. hat sich gelegentlich als Imperator Indiens bezeichnet. In der politischen Auseinandersetzung Ende des 16. Jahrhunderts findet man die Idee von Spaniens imperialer Prädestination und seiner heiligen Mission, Europa zu lenken. Die kastilische Elite betrachtete seit Ende des 15. Jahrhunderts das Römische Reich als nachahmenswertes Modell. Sie selbst verstand sie als Erben der Römer, als ein Teil der Auserwählten, denen die göttliche Mission auferlegt sei, erneut ein Weltreich zu schaffen.⁴ Ohne diesen Kontext wäre es schwer nachzuvollziehen, weshalb die spanischen Könige so viel menschliche und finanzielle Ressourcen in die Kriege des 16. und 17. Jahrhunderts investierten, in den Versuch, ihre Herrschaft in der Welt auszubreiten.

Im 15. und 16. Jahrhundert ist der wirtschaftliche und militärische Aufschwung Europas, seine militärische Überlegenheit über die Länder in seiner Umgebung offensichtlich. Die europäischen Staaten dehnten ihre Herrschaft auf andere Konti-

² Zum Prestige des Imperator-Titels, mit dem die höchste (verchovnaja) Macht verbunden ist, in den Augen barbarischer Herrscher in Belgien, Spanien, Afrika, Italien vgl. Š. Dil': *Istorija Vizantijskoj imperii* (Geschichte des byzantinischen Imperiums). Moskau 1948, S. 26.

³ Geoffrey Barraclough: *The Mediaeval Empire. Idea and Reality*. London 1950. S. 9 ff.

⁴ John H. Elliott: *Spain and Its World, 1500-1700. Selected Essays*. New Haven 1989. S. 9.

nente aus. Wichtigster Antrieb hierfür war die Hoffnung, die Edelmetall-Reserven aufzufüllen, eine Ressource, mit der man Kriege finanzieren konnte. Erst seitdem in Amerika Edelmetalle zugänglich waren, wurde es für Spanien interessant.

Damals entstanden die europäischen Imperien. Das war eine Zeit merkantilistischer Handelspolitik. Die Staaten beschränkten den Import von Produkten verarbeitender Branchen und förderten den Export heimischer Produkte. Der Besitz von Kolonien erweiterte die vom jeweiligen Staat kontrollierte Handelszone. Unterjochte Staaten konnten den Warenzugang aus der Metropole nicht beeinflussen. Die Metropole konnte dagegen eine einschränkende Handelspolitik gegen die Kolonien betreiben. Die Ausdehnung der Kolonialgebiete verlief parallel zu einem verschärften Kampf der Imperien gegeneinander, mit Besitzumverteilungen und der Konkurrenz von Handelsgesellschaften, die mit Kolonien Geschäfte abwickelten.

Mitte des 19. Jahrhunderts waren China, Japan und die Osmanische Pforte (Hohe Pforte) formal keine europäischen Kolonien. Nach dem Vertrag zwischen England und der Türkei vom 5. Januar 1809, den Opium-Kriegen von 1840-1842 und dem Eintreffen von Commodore Perrys Schwadron in Japan 1853 wurde diesen Ländern allerdings eine Politik niedriger Importzölle aufgezwungen.⁵

Selbst Apologeten von Imperien räumen ein, dass administrative Zwangsmaßnahmen gegenüber den unterjochten Völkern in dieser Epoche der industriellen Entwicklung der Metropole zugute kommen sollten. 1813 hätte Indiens Textil- und Seidenindustrie ihre Produkte auf dem britischen Markt mit Gewinn um 50-60 % billiger als die entsprechenden englischen Waren verkaufen können. Aber die Einfuhrzölle (70-80 % des Preises) oder ein direktes Importverbot für indische Waren machten dies unmöglich. Wäre Indien unabhängig gewesen, hätte es als Reaktion auf diese Maßnahmen restriktive Zölle für englische Waren eingeführt. Es war die Heimat der Textilindustrie, diese hatte dort 6.000 Jahre existiert. Sie beschäftigte Millionen von Menschen. Nach der Kolonisierung verloren Hunderttausende ihre Arbeit, deren Familien über Generationen hinweg von der Weberei gelebt hatten. Städte wie Dakka und Mushirabad, frühere Zentren der Textilindustrie, waren ruiniert. Sir Charles Trevelyan berichtete dem Parlamentsausschuss, dass die Bevölkerung von Dakka von 150.000 auf 30.000 bis 40.000 zurückgegangen war. Von 1814 bis 1835 stieg der britische Textilexport nach Indien von 1 Milliarde Yards auf 51 Milliarden jährlich an. In diesen Jahren ging der indische Textilexport nach England auf ein Viertel zurück. 1844 fiel er nochmals auf ein Fünftel.⁶

Der Beginn des modernen Wirtschaftswachstums an der Schwelle zum 19. Jahrhundert vergrößerte die wirtschaftliche, finanzielle und militärische Kluft zwischen Europa und der übrigen Welt (die europäischen Einwandererkolonien USA, Kanada, Australien usw. ausgenommen). Die Niederlage Russlands, eines der größten und

⁵ Louis Michael Cullen: *A History of Japan, 1582-1941*. Cambridge 2003. S. 178-182; E. Ihsanoglu (Hrsg.): *History of the Ottoman State, Society and Civilisation*. Istanbul 2001. Vol. 1. S. 73-76, 80. *Meždunarodne otnošenija na Dal'nem Vostoke* (Internationale Beziehungen im Fernen Osten). Moskau 1973. Bd. 1. S. 58-62.

⁶ Ram Gopal: *British Rule in India: An Assessment*. London 1963. S. 17 ff.

Europa am nächsten gelegenen Agrarreiche, im Krimkrieg brachte dies deutlich zum Ausdruck.

Die Welt Mitte des 19. Jahrhunderts war hart, für Sentimentalitäten war kein Raum. Es galt die alte Regel der Römer: „Wehe den Besiegten“ (*Vae victis*). Das Verhalten der Kolonialreiche gegenüber den unterworfenen Völkern zu dieser Zeit kann man kaum als milde bezeichnen. Um das zu zeigen, braucht man gar nicht unbedingt auf den katastrophalen Bevölkerungsrückgang in Amerika nach der spanischen Eroberung oder auf die Vernichtung der nordamerikanischen Indianer zu verweisen. Es genügt, an das im liberalen britischen Imperium für Inder geltende Verbot zu erinnern, Posten im Staatsdienst zu bekleiden.⁷

Gründung und Zusammenbruch der europäischen Imperien sind Teil eines Prozesses, der mit dem präzedenzlosen Wirtschaftswachstum und sozioökonomischen Veränderungen in Nordwesteuropa Ende des 18. und Anfang des 19. Jahrhunderts einherging. Er bahnte den Weg für die wirtschaftliche, finanzielle und militärische Expansion der Metropolen und die Ausweitung ihrer territorialen Kontrolle. Zugleich erhöhte er die Gefahren, dass die wirtschaftlichen und politischen Machtgrundlagen des einen oder anderen Reichs in der sich verändernden Welt unterminiert werden könnten.

Mitte des 19. Jahrhunderts waren die führenden europäischen Länder, in erster Linie England, konkurrenzlos in der Möglichkeit, tausende Kilometer entfernt von ihren eigenen Grenzen militärische Gewalt einzusetzen. Das war die Basis für die Entstehung einer imperialen Politik. Der britische Premierminister und Führer der Liberalen Partei William Gladstone stellte hierzu fest: „Das imperiale Gefühl ist jedem Engländer angeboren. Das ist Teil unseres Erbes, das mit uns auf die Welt kommt und erst nach unserem Tode stirbt.“

1914 kontrollierte England ein Territorium, in dem etwa ein Viertel der Weltbevölkerung lebte.⁸ Sein Imperium mit seiner langen Tradition schien den meisten Zeitgenossen unzerstörbar. Aber die Voraussetzungen für den Zusammenbruch der Weltordnung, wie sie Ende des 19. Jahrhunderts bestand, waren schon gegeben. Das moderne Wirtschaftswachstum und die damit einhergehenden umfangreichen Veränderungen in den gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen machten ihn unausweichlich.

Länder, deren Wirtschaftsaufschwung später als in England einsetzte, konnten von dem Faktor profitieren, den Alexander Gerschenkron als „Vorteile der Rückständigkeit“ bezeichnet hat.⁹ Ihre Bevölkerungszahl war häufig größer als die von Staaten,

⁷ Rajani Palme Dutt: *Krisis Britanii i Britanskoj imperii* (Die Krise Englands und des British Empire). Moskau 1954, S. 14. Orig.: *Britain's Crisis of Empire*, London 1950, dt.: *Großbritanniens Empirekrise*. Berlin 1951.

⁸ Die historische Statistik ist nicht genau genug, um das exakt zu schätzen. Das Ergebnis, das auf Berechnungen anhand der Angaben von A. Maddison beruht, beläuft sich auf 22,6 %. A. Maddison: *The World Economy. Historical Statistics*. Paris, OECD, 2003. Es ist realistisch, von 20-25 % auszugehen.

⁹ Alexander Gerschenkron: *Economic Backwardness in Historical Perspective*. Cambridge – Massachusetts 1962.

deren modernes Wirtschaftswachstum früher eingesetzt hat. Je nach dem Fortschritt der Industrialisierung konnten sie finanzielle und personelle Ressourcen mobilisieren, die es erlauben, schlagkräftige Streitkräfte aufzustellen. Der wirtschaftliche, finanzielle und militärische Aufschwung Deutschlands und Japans Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts legten hiervon ein deutliches Zeugnis ab.

In meiner Arbeit „Lange Zeit“ habe ich mich besonders darauf konzentriert, dass Russland in den letzten anderthalb Jahrhunderten hinter den wirtschaftlich führenden Ländern, den am weitesten entwickelten Staaten der Welt, etwa ein halbes Jahrhundert, also zwei Generationen im Rückstand war.¹⁰ Wenn man die heutigen russischen Probleme diskutiert, ist es sinnvoll, daran zu erinnern, dass der einsetzende Untergang der Weltreiche etwa ein halbes Jahrhundert zurückliegt.

Alle Länder, die sich zu Beginn des 20. Jahrhunderts als Imperien bezeichnet haben, haben auf verschiedene Weise – freiwillig oder gezwungen – auf ihre Kolonien verzichtet und sie in die Freiheit entlassen. Das ist schwerlich aus einem rein zufälligen Zusammentreffen von Umständen zu erklären. Für Russland ist diese Erfahrung wichtig. Wenn man daraus Lehren zieht, lassen sich die Fehler vermeiden, die zu politischen Niederlagen führen.

Anfang des 20. Jahrhunderts wurde die Diskrepanz zwischen einer strengen Kontrollstruktur über Territorien, die während der Hegemonie der britischen Finanz- und Seemacht des 19. Jahrhunderts entstanden waren, und der wachsenden Wirtschafts- und Militärmacht von Ländern, die bei der Aufteilung der Welt zu kurz gekommen waren, in der internationalen Politik zu einem wichtigen Faktor. Dieses Problem friedlich zu regeln war nicht einfach. Eine gewaltsame Lösung musste zu blutigen Kriegen führen. Dies war von 1914 bis 1945 der Fall.¹¹

1.2 Krise und Demontage von Übersee-Imperien

Die Imperien des 19. und 20. Jahrhunderts sind aus dem europäischen Aufschwung und dem modernen Wirtschaftswachstum hervorgegangen, das eine jahrzehntelange Asymmetrie finanzieller, wirtschaftlicher und militärischer Kräfte in der Welt zur Folge hatte. Aber sie waren fragile Gebilde, die sich nicht einfach umgestalten ließen. Sie konnten sich nicht ohne weiteres an veränderte Realitäten, andere politische Konzepte, andere Methoden militärischer Aufrüstung und neue Formen der Gewaltanwendung anpassen.

Im Laufe des 20. Jahrhunderts hat die Welt sich einschneidend verändert. Die dominierende Ideologie, in deren Rahmen die „Bürde des weißen Mannes“ als gegeben galt, machte einem Weltbild Platz, in dem die Vorstellung von einer Einteilung der

¹⁰ Egor Gajdar: *Dolgoe vremja. Rossija v mire: očerki ékonomičeskoj istorii* (Eine lange Zeit. Russland in der Welt: Skizzen zur Wirtschaftsgeschichte). Moskau 2005. S. 36–46.

¹¹ Zur Unfähigkeit der englischen politischen Elite, sich mit einer Welt ohne englische Vormachtstellung zu arrangieren, als Voraussetzung für die Weltkriege im 20. Jahrhundert vgl. Andrew Gambler: *Britain in Decline. Economic Policy, Political Strategy and the British State*. Boston 1931.

Völker in Herren und Sklaven inakzeptabel wurde. Beziehungen zwischen der Metropole und den Kolonien, wie sie im 19. Jahrhundert noch selbstverständlich waren, waren Mitte des 20. Jahrhunderts nicht mehr möglich. In dem intellektuellen Klima der 1940er- bis 1960er-Jahre ließ nicht mehr vermitteln, dass England die Herrschaft über Indien und andere Kolonien ausüben müsse.

Im Laufe der Zeit haben sich die Vorstellungen darüber gewandelt, was eine Metropole tun darf, um ihre Herrschaft zu erhalten. Die harte Welt des beginnenden 19. Jahrhunderts kannte kein Mitleid mit Schwachen.

Die sich im 20. Jahrhundert transformierenden sozialpolitischen Realitäten haben neue Verhaltensregeln diktiert. Als die Engländer Anfang der 1950er-Jahre in Malaya rigoros gegen Aufständische durchgriffen – sie nahmen Geiseln und vernichteten in rebellischen Dörfern die Aussaat – wurde diese Praxis im Parlament verurteilt und als Verbrechen gegen die Menschlichkeit eingestuft. Was im beginnenden 19. Jahrhundert erlaubt war, wurde von der Gesellschaft Mitte des 20. Jahrhunderts nicht mehr akzeptiert.

Von den Binnen-Imperien hat nur das russische den Ersten Weltkrieg – in veränderter Form – überlebt. Nach dem Zweiten Weltkrieg fielen die Imperien, die Territorien in Übersee hatten, nacheinander auseinander – das britische, französische, holländische, belgische und portugiesische. Anfang der 1990er-Jahre kam die Reihe an die letzten Binnen-Imperien – die Sowjetunion und Jugoslawien. Letzteres war kein Imperium im eigentlichen Sinne, hatte aber ähnliche Probleme wie auseinanderbrechende Territorialimperien.

Die Krise von 1914 bis 1945 hat die Welt von Grund auf verändert. Der Mythos von der Unbesiegbarkeit der Europäer, der im öffentlichen Bewusstsein auf der Schwelle zum 20. Jahrhundert bestand, aber durch den russisch-japanischen Krieg von 1904-1905 unterminiert worden war¹², wurde im Zweiten Weltkrieg durch den Zusammenbruch der europäischen Kolonialimperien in Südostasien endgültig diskreditiert. Die Europäer konnten nicht mehr darauf hoffen, dass die unterworfenen Völker weiterhin an das göttliche Recht der Eroberer glauben würden, sie zu beherrschen.¹³

Seit Ende der 1940er und Anfang der 1950er-Jahre kamen selbst die Vokabeln „Imperium“ und „Imperialismus“ aus der Mode. 1947 sagte der englische Premierminister Clement Richard Attlee: „Wenn derzeit irgendwo Imperialismus existiert, worunter ich die Unterordnung mancher Völker unter die politische und wirtschaftliche Herrschaft anderer Völker verstehe, dann ist das definitiv nicht im British Commonwealth der Nationen der Fall.“¹⁴

¹² Zum Einfluss der russischen Niederlage im Russisch-Japanischen Krieg 1904-1905 auf die Ereignisse in den britischen Kolonien s. Hugh George Rawlinson: *The British Achievement in India*. London – Edinburgh – Glasgow 1948.

¹³ Raymond Aron: *France Steadfast and Changing: The Fourth to the Fifth Republic*. Cambridge 1960.

¹⁴ Dutt, S. 31.

Ein typisches Merkmal für Imperien ist das Fehlen des Wahlrechts für seine Untergebenen.¹⁵ Adam Smith hielt es für zweckmäßig, den nordamerikanischen Kolonien das Wahlrecht zu gewähren. Die britischen Politiker zogen das jedoch nicht ernsthaft in Betracht. Dass die Parole „Keine Besteuerung ohne Vertretung“ eine Schlüsselrolle in der Geschichte der amerikanischen Revolution spielte, ist bekannt.

Im ungarischen Teil von Österreich-Ungarn hatten von fast 11 Millionen Menschen, die über 21 Jahre alt waren, lediglich 1,2 Millionen das Wahlrecht. Über die Frage, ob Soldaten, die im Ersten Weltkrieg aus den nicht-ungarischen Teilen des Königreichs mobilisiert worden waren, das Wahlrecht haben konnten, wurde heftig gestritten. Die Regierung konnte hier keine Entscheidung fällen. Ungarns Premierminister Graf Tissa lehnte es kategorisch ab, Soldaten das Wahlrecht zu gewähren, die nicht zur Titularnation gehörten. Versuche einer Föderalisierung von Österreich-Ungarn, um die Monarchie zu retten, stießen auf hartnäckigen Widerstand der ungarischen politischen Elite gegen jegliche Zugeständnisse an die slawischen Völker.¹⁶

Die weltweite Erfahrung zeigt, dass ein Imperium mit politischer Freiheit, wenn es um ein reales demokratisches Wahlrecht für alle Untergebenen geht, unvereinbar ist.¹⁷

Anfang der 1950er-Jahre weigerte sich Frankreich, der algerischen Bevölkerung das gleiche Wahlrecht wie der europäischen zu geben, obwohl es Algerien als eigenes Departement behandelte. Die Regel zweier Wahlkollegien schrieb vor, dass die Stimme eines Europäers so viel wie die von acht Muslimen zählte. In den Jahren 1954–1958 änderten die französischen Behörden ihre Position. Sie erkannten schließlich, dass ein allgemeines Wahlrecht unabdingbar und Algerien anders nicht zu halten war. Allerdings waren die Führer der Befreiungsbewegung nur noch mit einer vollständigen Unabhängigkeit zufriedenzustellen.¹⁸

Ein eingeschränktes Wahlrecht für die Bevölkerung von Kolonien entsprach den Realitäten des 16. und 17. Jahrhunderts, als die europäischen Imperien entstanden, sowie der Welt des 18. – 19. Jahrhunderts, als die Voraussetzungen für den modernen Wirtschaftsaufschwung geschaffen wurden. Allerdings widerspricht dies den Vorstellungen von einer vernünftigen Staatsordnung, wie sie der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts entsprechen. Zu dieser Zeit fasste in der Welt die Überzeugung Fuß, dass Machtorgane nur dann legitim sind, wenn sie aus einem allgemeinen Wahlrecht und einer gleichberechtigten Konkurrenz politischer Kräfte hervorgegangen sind. Die Metropolen, die ihre Kolonien erhalten wollen, sind sich dessen ebenso bewusst wie die Eliten der Kolonien. Es gibt nur ein Mittel, ein Imperium zu erhalten – die

¹⁵ Zur Unvereinbarkeit imperialer Strukturen mit einer demokratischen Organisation s. C. Tilly: *How Empires End*. In: *After Empire, Multiethnic Societies and Nation Building. The Soviet Union and Russia, Ottoman and Habsburg Empires*. New York 1997. S. 3.

¹⁶ Edmund von Glaise-Horstenau: *The Collapse of the Austro-Hungarian Empire*. London 1930.

¹⁷ V. Sörgin: *Političeskaja istorija sovremennoj Rossii. 1985–1994: Ot Gorbačeva do El'cina* (Die politische Geschichte des modernen Russland. 1985–1994. Von Gorbačev bis El'cin). Moskau 1994. S. 101.

¹⁸ Aron: *France Steadfast and Changing*.

in den Kolonien lebenden Völker mit Gewalt zu zwingen, das Regime als unabänderlich hinzunehmen. Aber Imperien haben ein Problem, das Napoleons Mitstreiter Talleyrand so beschrieben hat: „Sie können mit einem Bajonett alles machen, aber Sie können nicht darauf sitzen.“

In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts sprachen die Befürworter von Kolonien immer weniger von deren Vorteilen für die Metropole. Sie hoben vielmehr den Nutzen des Imperiums für die Kolonien hervor, denen die Metropole zu einem Rechtssystem und einer funktionierenden Infrastruktur verhelfe. Auch die finanziellen Rahmenbedingungen für die Imperien änderten sich. Bis zum Ende des Ersten Weltkriegs war es allgemein akzeptiert, dass sich die Kolonien selbst finanzieren und die Kolonialadministration bezahlen mussten. Durch das sich in den entwickelten Ländern wandelnde geistige Klima wurde diese Tradition bereits in den 20er-Jahren des 20. Jahrhunderts hinfällig. Man kam zu der Auffassung, dass die Metropolen finanzielle Ressourcen für die Sicherung der wirtschaftlichen Entwicklung der Kolonien bereitstellen müssten.¹⁹ Um zu beweisen, dass das Imperium für die Untergebenen von Vorteil sei, waren die Machthaber gezwungen, immer mehr Finanzmittel für Infrastruktur-Projekte und Sozialprogramme in den kontrollierten Territorien aufzuwenden.²⁰ Dies geschah zwangsläufig zu Lasten der Steuerzahler der Metropole. Letztere sahen diese Praxis denn auch mit Skepsis. Für das Imperium musste gezahlt werden, und je länger desto mehr. In der Gesellschaft machte sich die Überzeugung breit, dass etliche ungelöste Probleme gerade wegen der Hilfe für die Kolonien nicht angegangen werden konnten. In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts kamen daher Elite wie Gesellschaft zu der Überzeugung, dass Imperien nicht zu finanzieren seien.

Sobald die politischen Eliten der Metropole und der Kolonien die bestehenden Verhältnisse nicht mehr für gegeben halten, ist das Schicksal der Imperien besiegelt. Ihre Demontage ist nur noch eine Frage der Art und Weise und der Zeit.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die Konfrontation zwischen Sowjetunion und ihren Satelliten einerseits und der NATO unter Führung der USA andererseits zu einem wichtigen Faktor bei der Demontage des Kolonialsystems. Die Sowjetunion, selbst eine Art Imperium, hatte ein Motiv, Nationalbewegungen, die gegen die traditionellen europäischen Imperien agierten, finanziell, politisch und militärisch zu unterstützen. Die USA, die das Militärbündnis gegen die Sowjetunion anführten, verhielten sich selbst gegenüber den Ländern Lateinamerikas so wie die europäischen Reiche zu ihren Kolonien. Sie bezeichneten sich aber selbst nie als Imperium und entsandten keine ständigen Vertreter, um abhängige Staaten zu verwalten.

Aus verschiedenen Gründen hatten weder die USA noch die Sowjetunion etwas für traditionelle Imperien übrig. Sie waren jedenfalls nicht bereit, sie zu unterstützen. Häufig trugen sie unmittelbar zu ihrer Demontage bei. Das allein schon machte die

¹⁹ Wyndraeth Humphreys Morriss-Jones/Dennis Austin (Hrsg.): *Decolonisation and After: The British and French Experience*. In: *Studies in Commonwealth Politics and History*. Nr. 7. London 1980, S. 121; David Goldsworthy: *Colonial Issues in British Politics 1945-1961*. Oxford 1971.

²⁰ Goldsworthy, *Colonial Issues*.

Erhaltung der Imperien unmöglich.²¹ Während der Suez-Krise 1956 gingen die englische und französische Regierung davon aus, dass sie mit einem Einmarsch in Ägypten die Kontrolle über den Kanal wiederherstellen könnten, und zwar aus eigenen Kräften, ohne die Amerikaner oder die Sowjetunion zu konsultieren. Damit haben sie sich verrechnet. Sie mussten nachgeben und sich damit abfinden, dass der Kanal unter ägyptischer Kontrolle blieb.

In der Welt der Nachkriegszeit spielte sich ein Prozess ab, den man in der Geschichte häufig antrifft: Militärtechnik der reichen Staaten wird schnell unter den Nachbarn und potentiellen Gegnern verbreitet. Die Fähigkeit, einen modernen Partisanenkrieg zu führen, spielte in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts eine entscheidende Rolle. Es kostete die Metropolen große personelle und finanzielle Ressourcen, dieser Herausforderung zu begegnen.

Im 16. Jahrhundert war es bei der offensichtlichen Überlegenheit Europas in der Militärtechnik möglich, einige hundert Konquistadoren auszusenden, um Amerika zu erobern. In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts reichten 400.000 nach Algerien geschickte französische Wehrpflichtige nicht aus, um den Widerstand von 20.000 Aufständischen zu brechen, die von der Zivilbevölkerung unterstützt wurden.

Die Verteidigungsausgaben von Portugal, die 1971 43 % des Haushalts ausmachten, waren für das Land nicht tragbar. 1961-1974 emigrierten 110.000 junge Portugiesen, um sich der Einberufung zu entziehen. Das Dekret von 1967 setzte die Wehrpflicht auf vier Jahre herauf. Die Unfähigkeit der Militärausbildungsstätten, genügend Kommandeure auszubilden, zwang die portugiesischen Behörden, in großem Umfang jüngere Offiziere einzuberufen, die nach Abschluss eines militärischen Studiums an zivilen Universitäten befördert worden waren. Gerade sie wurden zum Kern der Bewegung, die den Umsturz des autoritären Regimes und die Beendigung des Kolonialkrieges vorbereitete.²²

Vietnam war niemals eine Kolonie der USA. Amerika wurde in den Vietnam-Krieg vor dem Hintergrund des zusammenbrechenden französischen Kolonialreichs und des „Kalten Krieges“ hineingezogen. Zu Beginn des amerikanischen Engagements im Vietnam-Krieg war klar, dass zur Kontrolle und Sicherung des Territoriums angesichts eines Partisanenkriegs Kräfte mit einer etwa zehnfachen zahlenmäßigen Überlegenheit über die Partisanen erforderlich waren. Der sozioökonomische und politische Preis für die Erhaltung der Kolonien erwies sich als zu hoch.

Nationale Gefühle gehören zu den stärksten Instrumenten einer politischen Mobilisierung in Gesellschaften, die über keine demokratischen Traditionen verfügen. Konstantin Leontjev hat gut erfasst, dass das Gefühl nationaler Solidarität für ein Imperium eine Bedrohung darstellt: „Die Idee der Nationalitäten (...) in der Form,

²¹ Die finanziellen Verpflichtungen Englands gegenüber den Vereinigten Staaten aus dem Zweiten Weltkrieg gaben den Amerikanern Instrumente, um Englands Politik gegenüber seinen Kolonien zu beeinflussen. Goldsworthy, *Colonial Issues*.

²² David L. Raby: *Fascism and Resistance in Portugal: Communists, Liberals and Military Dissidents in the Opposition to Salazar. 1941-1974*. Manchester 1988; D. Porch: *The Portuguese Armed Forces and the Revolution* London 1977; Neil Bruce: *Portugal. The Last Empire*. London 1975.

wie sie im 19. Jahrhundert erscheint, ist eine Idee, (...) die viel zerstörerisches Potential und nichts Konstruktives hat.“²³

Die Konfrontation zwischen weißen Herrschern und Ausbeutern und der indigenen, geknechteten und beleidigten Bevölkerung der Kolonien ließ sich politisch effizient nutzen. Als der Mythos von der Unbesiegbarkeit der Europäer zerstreut war, erhielt der gewaltsame Kampf gegen Kolonialordnungen breiten Zulauf. Die daran Beteiligten konnten auf finanzielle und militärische Unterstützung des Sowjetblocks hoffen. Die entstandenen unabhängigen Staaten boten den Partisanen von Ländern, die noch Kolonien europäischer Reiche waren, ein zuverlässiges Hinterland.

Nach dem Zweiten Weltkrieg stand außer Zweifel, dass die Kolonialreiche aufgelöst werden mussten. Zur Frage stand lediglich, welche der Metropolen das eher erkennen und den Entkolonisierungsprozess schonender und weniger schmerzhaft durchführen würde.

Die englische Elite hatte, anders als die französische im Jahre 1940, keine Kapitulation erlebt. Das Land, das aus dem Zweiten Weltkrieg als eine der Siegermächte hervorging, war nicht schlecht auf die Krise vorbereitet, die mit der Auflösung des Imperiums einherging. 1945 war England eine der drei Weltmächte mit einer Armee von 4,5 Mio. Soldaten, die Territorien auf vielen Kontinenten beherrschte. Die Sonne ging in diesem Reich niemals unter. Ende 1961 war von diesem Imperium fast nichts mehr übrig. Dennoch betrachtete die englische Führung im Unterschied zur russischen diesen Prozess nicht als geopolitische Katastrophe. In den meisten Arbeiten zur Auflösung der Kolonialreiche gilt das Beispiel Englands, das verstanden hatte, wie die Welt in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts funktionierte, als nachahmenswertes Vorbild.²⁴

Der vom englischen Parlament 1909 verabschiedete Akt zum Indien-Rat (Indian Councils Act) brachte zwar keine radikalen organisatorischen Veränderungen in der Regierung des Imperiums, war aber ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einem unabhängigen indischen Staatswesen.²⁵ Der Beschluss über Indiens Unabhängigkeit fiel während des Zweiten Weltkriegs. Damit endete im Grunde genommen die Geschichte des British Empire. Die weitere Entwicklung ist ein sich lange hinziehendes Nachspiel. Allerdings wurde die Nostalgie nach dem Imperium bereits zu Beginn der 1950er-Jahre politisch ausgebeutet, zumindest von Anhängern der konservativen Partei, die sich mit der imperialen Größe identifizierten. Diskussionen über die Traditionen der Vergangenheit, die Bedeutung des Imperiums für England, die Unmöglichkeit, darauf zu verzichten, über die „Politik des Verrats“ der Labour-Anhänger, die seine Auflösung betrieben hatten, spielten eine große Rolle in der politischen Propaganda der Konservativen dieser Zeit. Die ideologische Grundlage dieser Politik

²³ Konstantin Leont'ev: *Vostok, Rossija i slavianstvo*. Gesammelte Aufsätze. Moskau 1885, Bd. 1, S. 106.

²⁴ Morris-Jones, Austin, *Decolonisation*.

²⁵ Rawlinson, S. 189. Nach dem neuen Gesetz wurde nunmehr die Hälfte der Mitglieder im imperialen legislativen Rat gewählt, und in den Provinzen wurde die Mehrheit der Mitglieder der legislativen Räte bei den Gouverneuren gewählt.

Der Untergang eines Imperiums

Gajdar, J.

2016, XVI, 353 S., Hardcover

ISBN: 978-3-658-10572-3